

KURZ UND PRÄGNANT

Weg frei zur Erhöhung des Blindengeldes

„Die Fraktionen der rot-rot-grünen Koalition im Thüringer Landtag haben am 9. November den Weg für die Erhöhung des Landesblindengeldes und Einführung eines Taubblindengeldes frei gemacht und setzen damit ein wichtiges Anliegen aus dem Koalitionsvertrag um. Betroffene erhalten es rückwirkend zum 1. Juli 2016. Thüringen ist vom Schlusslicht zu einem Bundesland im Mittelfeld des Ländervergleichs geworden“, sagte Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraktion. Das Blindengeld wird stufenweise um 130 Euro auf 400 Euro bis zum 1. Juli 2018 erhöht. Auch ein monatlicher Nachteilsausgleich in Höhe von 100 Euro für taubblinde Menschen wird eingeführt. Die Abgeordnete erneuerte ihre Forderung nach einem Nachteilsausgleich für gehörlose Menschen: „Es darf keine Ungleichbehandlung zwischen den einzelnen Betroffenenengruppen geben. Auch Gehörlose haben ein Recht auf diese Nachteilsausgleiche. Dies fordern seit Jahren auch Behindertenverbände bzw. -gremien und Selbstvertretungen der Betroffenen. Diese Forderungen sind nach wie vor voll und ganz berechtigt.“ ■

Arbeitsklausur der Linksfraktion

Im Rahmen einer Arbeitsklausur haben sich die Abgeordneten und MitarbeiterInnen der Linksfraktion im Thüringer Landtag am 14. November gemeinsam mit den LINKEN VertreterInnen der Landesregierung über den Stand der Umsetzung der Aufgaben aus dem Koalitionsvertrag verständigt und die nächsten Schritte mit Blick auch bereits auf den Doppelhaushalt 2018/19 beraten.

Die Ministerin für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie, Heike Werner, hatte dabei solche Projekte und Vorhaben benannt, wie Sozialzentren, Seniorenengossenschaften oder Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit. Der soziale Wohnungsbau, das Schulbauinvestitionsprogramm oder „Thüringen-Takt“, die Vernetzung im ÖPNV, wurden von Birgit Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft, hervorgehoben. Dr. Birgit Klaubert, Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, verwies auf die Umsetzung des angekündigten beitragsfreien Kindertagesstättenjahres sowie weitere notwendige Aspekte der Kita-Finanzierung. Ein wichtiger Schwerpunkt wird hier auch das neue Schulgesetz sein.

Beraten wurde zudem u.a. auch über die Personalentwicklung im öffentlichen Dienst. ■

Sozialgarantie gegen soziale Ungleichheit

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Thüringen-Monitor 2016

Der Thüringen-Monitor 2016, der unter der Titel steht „Gemischte Gefühle: Thüringen im Zeichen der ‚Flüchtlingskrise‘“, wurde am 11. November im Thüringer Landtag zusammen mit einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow debattiert.

„Womit wir konfrontiert sind, ist ein merkwürdiges Auseinanderklaffen der politischen Wahrnehmung der Landesentwicklung. In Thüringen verbindet Menschen, denen es wirtschaftlich und finanziell gut bis sehr gut geht, mit denen, die von der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung abgekoppelt sind, die Überzeugung, dass viele Ostdeutsche in den vergangenen 25 Jahren auf der gesellschaftlichen Verliererseite standen“, hatte Bodo Ramelow betont und für das Leitbild der sozialen Integration geworden.

Diesen Aspekt unterstrich auch die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Susanne Hennig-Wellsow, in ihrer Rede: „Eine Sozialgarantie ist notwendig gegen die soziale Ungleichheit und die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich. Rot-Rot-Grün in Thüringen steht mit seinem Handeln für mehr soziale Gerechtigkeit und die Gestaltung des demokratischen und ökologischen

Wandels. Wir ziehen uns nicht zurück vor den Problemen, sondern stellen uns ihnen.“

(Weitere Auszüge aus der Rede der Fraktionsvorsitzenden auf Seite 9)

Bodo Ramelow: „Es gibt keine Weltoffenheit ohne soziale Sicherheit“

„Wenn 61 Prozent der Befragten im aktuellen Thüringen-Monitor der Ansicht sind, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland gefährdet ist, dann ist diese Wahrnehmung ein Problem, auf das politisch reagiert werden muss. Und wenn wir den Prozess des Verlusts von sozialen Grundgewissheiten nicht aufhalten und umkehren, dann ignorieren wir eines der großen kommenden Entwicklungshemmnisse für dieses Land. Es gibt keine Weltoffenheit ohne soziale Sicherheit“, hatte Bodo Ramelow in seiner Regierungserklärung betont.

Den Bevölkerungsrückgang bezeichnete er als „Achillesverse unserer Landesentwicklung“ und er sagte: „Wo keine Menschen sind, ist auch keine Arbeit, wo keine Arbeit ist, ist auch kein Wohlstand. Um unseren Wohlstand zu halten, brauchen wir, braucht die Thüringer Wirtschaft in den näch-

sten Jahren jedenfalls statistisch 280.000 Fachkräfte. Viele Menschen treten in den nächsten Jahren in ihren wohlverdienten Ruhestand. Auf zwei Renteneintritte kommt potentiell nur ein Schulabgänger. Den entstehenden Bedarf kann das Land damit nicht ausreichend aus dem eigenen Nachwuchs decken, vor allem nicht in Konkurrenz zu anderen Regionen mit ähnlichen Problemen. Diesen Bedarf kann auch keine Flüchtlingswelle decken, so naiv wird niemand sein. Diesen Bedarf können wir nur dann decken, wenn es dauerhaft Zuwanderung nach Thüringen gibt. Thüringen muss sich als Zuwanderungsland begreifen, um zukunftsfähig zu werden.“

In diesem Zusammenhang sagte Bodo Ramelow weiter: „Politik in demokratischer Verantwortung für die Zukunft Thüringens muss sich der Aufgabe stellen, um demokratische Mehrheiten für einen Kurs der modernen Zuwanderungspolitik zu werben, mit allen ökonomischen, kulturellen und sozialen Konsequenzen, die das mit sich bringt.“

Die vollständige Regierungserklärung des Ministerpräsidenten im Internet unter:

www.thueringen.de/mam/th1/tsk/re_mp_thuringen-monitor.pdf ■

Fraktionsflure geöffnet für Ausstellung der Ahmadiyya-Gemeinde

Zwei Wochen lang war die Ausstellung „Eine Reise durch die islamische Zeit“ der Ahmadiyya-Gemeinde in den Fluren der Koalitionsfraktionen im Thüringer Landtag zu sehen. In seinem Grußwort zur Eröffnung am 2. November hatte Ministerpräsident Bodo Ramelow vor dem Hintergrund der Trennung von Staat und Kirche auf die Religionsfreiheit verwiesen und dass „jeder friedlich seinen Glauben leben können muss“.

„Miteinander statt übereinander“ zu reden und den „interreligiösen Frieden in der Gesellschaft“ zu fördern, dies unterstrichen auch die Vertreter der Ahmadiyya-Gemeinde mit ihrem Bundesvorsitzenden Abdullah Uwe Wagishauser. Sie ist die älteste islamische Gemeinde, die in Deutschland organisiert ist, und hat etwa 25.000 Mitglieder. Seit drei Jahren gehört sie der deutschen Islamkonferenz an.

Für die Vielfalt des Islam das Verständnis zu vertiefen, so Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Linksfraktion, „ist gerade heute ein wichtiger Baustein, um Vorurteilen und Vorverurteilungen entgegenzutreten zu können. Insofern kann die Ausstellung einen Beitrag leisten für Offenheit, Toleranz und Respekt in Glaubensfragen“.

Die SPD-Abgeordnete Diana Lehmann sagte: „In der Geschichte der Religionen gab es viele fundamentalistische Verirrungen. Auch die christliche



Religion schreibt Kapitel solch düsterer Geschichte. Doch die Geschichte, nehmen wir beispielsweise die Entwicklung der Ökumene in Deutschland, zeigt auch, dass religiöse Vielfalt zusammen gelebt werden kann. Der freiheitliche demokratische Staat hat heute zu gewährleisten, dass mehrere Religionen nebeneinander existieren können und miteinander diskutieren können. Als Abgeordnete müssen auch wir dafür Sorge tragen. Deshalb freuen wir uns ganz besonders, Menschen in unsere Fraktionsflure einzuladen und mit ihnen über den Islam ins Gespräch zu kommen.“ Es gelte, das Trennende zu überwinden, aber eben auch das Unterschiedliche achten zu lernen.

Die religionspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/die Grünen im Thüringer Landtag Astrid Rothe-Beinlich erklärte: „In Zeiten, in denen viel über die Grundsätze des Islams diskutiert wird und dabei aber auch immer wieder Unkenntnis und Vorurteile zutage treten, halten wir es für wichtig, echten Austausch zu fördern. Die Religionsfreiheit ist ein Grundpfeiler unserer Verfassung, den es aber immer wieder neu zu vermitteln und mit Leben zu füllen gilt. Wir freuen uns daher über die spannenden Einblicke der Ausstellung und laden alle Bürgerinnen und Bürger herzlich in den Landtag ein, um sich zu informieren und in einen interreligiösen Dialog zu treten.“ ■